

IN KÜRZE

**Gubristunnel geflickt**

sho. · Am 9. Juni ereignete sich auf der Zürcher Nordumfahrung (A 1) im Gubristunnel, Fahrtrichtung St. Gallen, ein Unfall, bei dem ein Personenwagen in Brand geriet. Es gab keine Opfer, doch nahmen elektromechanische Einrichtung des Tunnels (Beleuchtung, Kabel, Überwachungsanlagen) sowie die Fahrbahn Schaden. Wie das Bundesamt für Strassen mitteilt, ist dieser nun behoben. Die Arbeiten konnten im Rahmen von bereits geplanten Sanierungsarbeiten während der Nacht ausgeführt werden. Für die Deckung des Schadens in Höhe von rund 150 000 Franken muss der fehlbare Lenker beziehungsweise dessen Versicherung aufkommen.

**Anhänger ausser Kontrolle geraten**

fxs. · Am Mittwochmorgen sind bei einem Verkehrsunfall in Birmensdorf drei Personen verletzt worden. Das Auto eines 69-jährigen Mannes und seines 39-jährigen Beifahrers geriet ausser Kontrolle, nachdem sich dessen Anhänger nach einem Überholmanöver überschlagen hatte. Darauf kam es zur Kollision mit dem entgegenkommenden Auto eines 51-Jährigen. Alle drei Männer mussten mit Verletzungen ins Spital.

**Eine Schwerverletzte bei Velounfall**

rsr. · Bei einem Selbstunfall am Dienstagabend hat sich eine 44-jährige Velofahrerin in Uerikon schwer verletzt. Gemäss der Kantonspolizei war die Frau auf der Seestrasse unterwegs gewesen, als sie zur Umfahrung einer Baustelle von der Strasse aufs Trottoir fahren wollte, dabei aber folgschwer stürzte.

**Mann im Kreis 4 niedergestochen**

fxs. · Am Dienstagabend kurz vor Mitternacht ist ein 48-jähriger Schweizer bei einem Streit in Zürich 4 verletzt worden. Ein Unbekannter stach an der Ecke Lang-/Brauerstrasse mit einem Messer mehrmals auf den Mann ein. Der Täter und zwei weitere am Streit beteiligte Männer flüchteten. Die Fahndung der Polizei blieb bisher erfolglos.

**Postkarten für kürzere Arbeitszeiten**

jap. · Die Unia hat am Mittwochmittag am Bellevue bessere Arbeitsbedingungen für die Buschauffeure der VBZ verlangt. Gut ein Dutzend Personen forderten den zuständigen Stadtrat, Andres Türler, mittels Videobotschaft und Postkarten auf, für ein Ende der «14-Stunden-Tage und der Gratisarbeit» zu sorgen. Die Protestaktion sorgt nicht nur bei Stadt und VBZ für Irritationen, sondern auch bei deren traditionellen Sozialpartnern (NZZ 25. 7. 12).

**Jugendbande auf Raubzug**

fxs. · Mindestens zwölf Raubstrafataten soll eine Gruppe Jugendlicher begangen haben, sechs weitere Male blieb es beim Versuch. Die sechs Schweizer Schüler im Alter von 14 und 15 Jahren haben laut der Stadtpolizei Zürich im Frühjahr über 900 Franken erbeutet. In Zürich und Schlieren verwickelten sie jeweils andere Jugendliche in ein Gespräch, bedrohten sie dann mit einem Schlagring und forderten Bargeld. Vereinzelt kam es dabei zu tätlichen Auseinandersetzungen, bei denen aber niemand schwer verletzt wurde. Die drei Rädelführer wurden im Februar verhaftet, nachdem sie innert dreier Stunden acht Raubdelikte begangen hatten. Anschliessend führten die Spuren zu drei weiteren Tatverdächtigen. Einige der Beschuldigten verbrachten vorübergehend mehrere Tage in Untersuchungshaft.

**Egger Schulpräsident tritt zurück**

sho. · Wegen «unterschiedlicher Auffassungen im Bereich Strategie» tritt Karl Dülli per Ende des Schuljahrs 2011/12, also praktisch per sofort, als Präsident der Schulpflege Egg zurück, wie diese mitteilt. Erst vor wenigen Tagen hatten die Schulen Egg mit der Politischen Gemeinde die Bildung einer Arbeitsgruppe bekanntgegeben, welche die Schaffung einer Einheitsgemeinde prüfen soll. Nach Auskunft von Christoph Domeisen, Medienbeauftragter der Schulen Egg, hat der abrupte Rücktritt jedoch weder mit dieser Absicht noch mit pädagogischen Fragen zu tun.

# «Für viele sind Pornos normal»

Die Medienwissenschaftlerin Petra Grimm zu Pornografie im Sexualkundeunterricht

Der Männerbeauftragte des Kantons Zürich ist am Thema Pornografie und Schule gescheitert. Unter Fachleuten herrscht Konsens, dass das heikle Thema im Sexualkundeunterricht zumindest angesprochen werden soll.

*Frau Grimm, beim Thema Pornografie an Schulen blinken bei vielen die Warnlampen.*

Das ist eine durchaus natürliche Reaktion. Das Thema löst Ängste aus und überfordert manche. Doch wir kommen nicht darum herum, uns damit auseinanderzusetzen. Unsere an der Hochschule für Medien in Stuttgart erstellte Studie «Porno im Web 2.0» hat gezeigt, dass zumindest die männlichen Jugendlichen alle schon einmal mit pornografischen Inhalten in Berührung gekommen sind. Für viele sind Pornos normal und Bestandteil des täglichen Medienkonsums.

*Ist die Schule der richtige Ort, dieses Phänomen zu thematisieren?*

Am Anfang ist es ganz klar die Aufgabe der Eltern. Sie tragen schon früh eine grosse Verantwortung, wie sie mit dem Thema umgehen. Väter und Mütter haben eine starke Vorbildfunktion, und die Kinder nehmen sehr genau wahr, wie damit umgegangen wird, wenn sie zum Beispiel versehentlich auf eine Website mit pornografischem Inhalt stossen. Es ist wichtig, das Thema nicht zu ignorieren oder zu tabuisieren. Doch später tritt an die Stelle der Eltern die Peer-Group von Gleichaltrigen, mit denen sich die Jugendlichen austauschen.

*Und die Schule?*

Unsere Untersuchungen zeigen, dass bei Jugendlichen ein grosser Bedarf an Informationen vorhanden ist. Doch ebenso klar geben sie zum Ausdruck, dass sie das Thema Sexualität oder Pornografie nicht mit den regulären Lehrkräften besprechen wollen. Sie wünschen sich einen ausserschulischen Raum, beispielsweise mit externen Sexualpädagogen.

Mit dem neuen Spitalgesetz können sich die Gemeinden aus den Spitalzweckverbänden zurückziehen. Das gibt den Regionalspitalern neue Möglichkeiten, wie sie aufgestellt sein wollen. Manche denken dabei an eine Stiftung – wie in Zollikerberg.

Die Ökonomisierung der Medizin und, grundlegender noch, der vermeintliche Gegensatz zwischen Ethik und Ökonomie sind derzeit vieldiskutierte Themen im Schweizer Gesundheitswesen. Immer wieder geraten private Spitäler in dieser Diskussion ins Schussfeld diverser gesundheitspolitischer Akteure. Der Wettbewerb zwischen den Kliniken müsse vermieden werden, da er unter anderem die Tür für die Bereicherung privater Spitäler auf Kosten der Patienten und der Versorgungsqualität öffne. Dass viele privat geführte Spitäler keine gewinnorientierte, sondern eine gemeinnützige Rechtsform haben und damit irgendwie zwischen den öffentlichen und den privat-gewinnorientierten Spitalern liegen, droht im (politischen) Wortgefecht zuweilen unterzugehen.

**Genug Mittel für Investitionen**

Privat-gemeinnützig geführte Spitäler zeichnen sich aber durch Vorteile aus, die gerade nicht für die Gleichsetzung von Wirtschaftlichkeit und Gewinnma-

*In welchem Alter soll das beginnen?*

Die Entwicklung der Jugendlichen ist natürlich sehr unterschiedlich, sie hängt auch stark vom sozialen Hintergrund ab. Vorsichtig würde ich einmal sagen, 13 oder 14 Jahre ist ein gutes Alter, denn dann haben die meisten bereits Erfahrungen mit Pornos.

*Und dann sollen die Jugendlichen in der Schule Pornos anschauen?*

Es ist gar nicht nötig, den Schülern und Schülerinnen Pornofilme zugänglich zu machen. Es reicht, darüber zu reden. Zum Beispiel darauf hinzuweisen, dass die Bilder nicht die Realität abbilden, sondern eine inszenierte Welt darstellen. Für die Jugendlichen ist es wichtig,



«Wir sollten die Erziehung nicht der Pornoindustrie überlassen.»

**Petra Grimm**  
Professorin für Medienforschung, Hochschule der Medien Stuttgart

zwischen dem Gezeigten in den Pornos und dem wirklichen Leben unterscheiden zu können. Gerade die männlichen Jugendlichen geraten aufgrund des Konsums von Pornofilmen unter immensen Leistungsdruck, weil sie sich an stereotypen Bildern orientieren. Dabei ist es gerade in diesem Alter wichtig, neugierig zu sein, zu experimentieren, Grenzen zu setzen und Verantwortung in Partnerschaften zu übernehmen.

*Wie unterscheidet sich der Porno-Konsum von Mädchen gegenüber jenem der männlichen Jugendlichen?*

In unserer Studie haben wir festgestellt, dass die Mädchen fast so häufig mit Pornos in Berührung kommen. Aber die Schwelle ist deutlich tiefer als bei Jungs. Mädchen empfinden Pornos häufig als eklig oder abstossend. Die Aufgabe von Sexualpädagoginnen ist zweierlei. Einerseits soll den Mädchen schlicht beigebracht werden, wie sie es verhindern können, im Internet unabsichtlich auf

Porno-Seiten zu stossen oder damit belästigt zu werden. Andererseits geht es auch bei Mädchen darum, sie vor einer falschen Erwartungshaltung bezüglich Sexualität zu schützen.

*Der Zugang zu Pornos ist mit dem Internet erheblich erleichtert worden. Was vor wenigen Jahren noch kostenpflichtig war, ist inzwischen zudem gratis.*

Es ist eine völlig andere Welt gegenüber jener vor zwanzig oder dreissig Jahren. Was mit einem einzigen Klick zu sehen ist, hat nichts zu tun mit den aus heutiger Sicht harmlosen Bildern im «Playboy». Es muss auch nicht mehr mühsam ein Kiosk oder eine Videothek aufgesucht werden. Mit geringstem Aufwand kommt man heute auch an harte, im Prinzip illegale Pornografie heran. In diesem Umfeld dürfen wir die Jugendlichen nicht alleine lassen. Wir müssen sie begleiten und unterstützen. Ich sage immer: Wir sollten die Sexualerziehung unserer Kinder nicht der Pornoindustrie überlassen.

*Wie können Jugendliche mit dieser Menge an völlig neuen Bildern umgehen?*

Tatsächlich sind sie in Sachen Pornografie mit völlig neuen Themen konfrontiert, die wir Erwachsenen früher noch nicht kannten. Entsprechend fragen die heutigen Jugendlichen im Sexualkundeunterricht andere Sachen als noch vor zehn Jahren.

*Markus Theunert, der Männerbeauftragte des Kantons Zürich, verlor seinen Job, weil die von ihm präsidierte Männerlobby die Integration von Pornografie in den Schulunterricht fordert.*

Wie ich das aus der Ferne mitbekommen habe, ist die Forderung mit einer Änderung des Strafrechts verbunden. Das scheint mir der falsche Weg zu sein. Den minderjährigen Jugendlichen und den Pädagogen einen Persilschein für den freien Konsum von Pornos zu erteilen, kann nicht die Lösung sein. Das weckt Ängste. Zudem sollen die Erwachsenen Stellung beziehen und durchaus Grenzen setzen, an denen sich die Jugendlichen reiben können.

*Interview: Marcel Gyr*

## Öffentliche Spitäler mit privaten Trägern – ohne Gemeinden, aber auch ohne Aktionäre

Das Spital Zollikerberg als Beispiel. Von Werner Widmer und Eliane Pfister Lipp

ximierung stehen. Ein Beispiel ist das Spital Zollikerberg, welches seit mehr als 150 Jahren von einer privaten Trägerschaft, der Stiftung Diakoniewerk Neumünster – Schweizerische Pflege- rinnenschule, betrieben wird.

Ein Vorteil dieser Rechtsform liegt darin, dass es keine Aktionäre gibt, an die allfällige Gewinnbeteiligungen ausgeschüttet werden müssten. Der Anreiz, einen Gewinn zu erwirtschaften, liegt deshalb nicht darin, den Ansprüchen der Aktionäre zu entsprechen, sondern genügend Mittel zu haben, um die Infrastruktur und den Betrieb des Spitals auf einem hohen Qualitätsniveau erhalten zu können. Ein solches ist nämlich sowohl aus ethischer als auch aus marktwirtschaftlicher Sicht gefordert und bedingt hohe Investitionen, die ein Spital mit der neuen, seit diesem Jahr gültigen Spitalfinanzierung aus eigener Kraft und ohne zusätzliche öffentliche Gelder zu tätigen hat. Fehlt erwirtschaftetes Kapital, kann nicht investiert werden – sei es in leistungsfähige Operationssäle, in die medizinische Ausbildung oder in die Weiterbildung des Personals.

Ein Vorteil solcher Stiftungsbetriebe ist zudem, dass die Mitglieder des Stiftungsrats ehrenamtlich arbeiten. Dieses Engagement zeugt von einem echten Interesse an der Stiftung und ihrem Wirken in der Gesellschaft. Ein privater Betrieb wie das Spital Zollikerberg befindet sich zudem weniger im Einflussbereich der Politik. Dies eröffnet unternehmerische Freiheiten – im Rahmen

definierter Regeln wohlbemerkt –, bedeutet aber zugleich, unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen.

**Kanton könnte profitieren**

Wenn wir diese Verantwortung fordern, müssen wir auch Freiheiten zugestehen. Die Kombination von Freiheit und Verantwortung kann man auch öffentlichen Spitalern zutrauen. Mit dem Überführen kantonaler Spitäler in privat-gemeinnützige Trägerschaften könnten zugleich die Mehrfachrolle des Kantons aufgehoben und die damit verbundenen Interessenkonflikte entschärft werden.

Diese Mehrfachrolle ist insbesondere dadurch gekennzeichnet, dass der Kanton Regulierungs- und Aufsichtsbehörde und zugleich Leistungserbringer ist. Es ist zu hoffen, dass eine politische Mehrheit bereit ist, einen Teil ihrer Macht zugunsten von mehr unternehmerischer Freiheit und Verantwortung an allenfalls neu zu gründende privat-gemeinnützige Trägerschaften abzugeben. Der Staat braucht im Sinn des Subsidiaritätsprinzips im Spitalwesen nämlich nur aktiv zu werden, wenn Versorgungslücken bestehen. Zur Sicherung von Lehre und Forschung soll er Leistungsaufträge vergeben – eine gewinnbringende Situation für viele Seiten.

**Werner Widmer** ist Direktor, **Eliane Pfister Lipp** wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Diakoniewerk Neumünster – Schweizerische Pflegerinnen-schule, die das Spital Zollikerberg trägt.

APROPOS  
Draht  
und Esel

msn. · Kürzlich ist mir auf dem Heimweg ein Esel begegnet. Er trug auf dem Rücken ein Solarpanel, wohl, um seinem Herrn den Strom für Handy und Laptop zu liefern. Mitten in Zürich. Die Stadt präsentiert sich dieser Tage sommerlich lebenswert, vielfältig und wohlthuend entspannt. Es hat sogar Platz für Vierbeiner ohne Bellen und Knurren. Flaneure, Velos und Badenixen dominieren. Die bösen Autos sind gegen Süden gefahren, was den Zuhausegebliebenen der in der Stadt bedrohten Spezies gemein viel Platz zum Parkieren beschert. Im Tram darf man sich derzeit ohne schlechtes Gewissen hinsetzen, in der S-Bahn viel Gepäck mitführen.

In dieses Wohlgefühl platzt die Ankündigung des Stadtrats, in Zürich mit «grossen Sympathien» die Umsetzung eines flächendeckenden Veloverleihs anzupacken. Die Rede ist von mindestens 1000 Drahteseln, verteilt auf Dutzende von Standorten, die in der Innenstadt im Abstand von 300 Metern für die breite Bevölkerung erreichbar wären. Zu klären seien städtebauliche Aspekte, die man angesichts der Schwierigkeiten, nur schon ein Kongresszentrum zu bauen, offenbar als «grössere Herausforderung» erachtet. Die Finanzierung wäre noch zu regeln – Sponsoren, sonst halt der Steuerzahler.

Laut Erhebung des Statistikamts liegt die Veloverfügbarkeit in Zürich je nach Altersgruppe und Geschlecht zwischen 60 und 80 Prozent, einzig bei den Rentnern nimmt der Wert drastisch ab. Das Velo also ist eine feine Sache, günstig, leise, emissionsarm und vor allem der Volksgesundheit förderlich. Darum haben die meisten schon eins. Angenehmer wäre es aber, keine Ketten mehr ölen und Platten flicken zu müssen, sondern den eignen Rosthaufen vor dem Haus dem schleichenden Verfall zu überlassen und zum nächsten staatlich gewarteten Mietvelo zu schlendern. Auf «Rent-a-bike» setzen Städte von Weltklasse, klamme Kassen hin oder her.

Wir blicken auf den Esel und den unrsigen aus Draht und beschliessen, beim Stadtrat vorstellig zu werden, doch anstelle solcher Eseleien dem Tier eine Chance zu geben. Futterkrippen, Tränken und Streichelgehege hätten städtebaulich ihren Reiz. Esel sind für den Menschen therapeutisch wertvoll, kindergerecht und nachhaltig. Sie verbrauchen nur biologisch angebauten Treibstoff, rosten nicht und sind genügsam im Unterhalt. Einzig beim CO<sub>2</sub>-Ausstoss müsste man sich noch etwas einfallen lassen. Velos «made in China» aber sind in der Regel auch nur grün angestrichen.

**92 Prozent Schweizer in der Verwaltung**

Klar tiefere Quote an Universität

rsr. · Aufgrund einer entsprechenden Anfrage aus dem Kantonsrat hat die Regierung am Donnerstag Zahlen zur Staatszugehörigkeit kantonaler Angestellter veröffentlicht. Diese zeigen, dass in den sieben Direktionen und der Staatskanzlei 92 Prozent der 31 604 Mitarbeiter Schweizer Bürgerinnen und Bürger sind, der Rest sind zur klaren Mehrheit Bürger eines EU- oder Efta-Staats, werden doch nur gerade 262 Angehörige von Drittstaaten gezählt.

Nimmt man, wie in der SVP-Anfrage gefordert, auch die Mitarbeiter der Rechtspflege und der selbständigen Anstalten hinzu, werden die Verteilungen weniger einseitig: Von den 54 266 Angestellten sind dann nur mehr 82 Prozent Schweizer Bürger. Am internationalsten ist in dieser Hinsicht die Universität Zürich. Dort arbeiten 7951 Personen, knapp 59 Prozent mit Schweizer Bürgerrecht. Ähnlich ist die Quote unter den 6277 Mitarbeitern des Universitätsspitals mit knapp 63 Prozent Schweizer Bürgern. Von den 9737 Ausländern entstammen knapp 84 Prozent einem EU- oder Efta-Staat. 362 Personen – 4 Prozent – sind Grenzgänger, rund zehnmals so viele 5-Jahres-Aufenthalter.